

BITKOM / ZVEI Kommunen sollen weiter Elektro- Schrott sammeln

[20.8.2004] Die IT-Wirtschaft begrüßt den Referentenentwurf zur Entsorgung von Elektrogeräten, erwartet aber von den Kommunen ein klares Signal für die konstruktive Beteiligung bei der Erfassung der Altgeräte.

Den Referentenentwurf des Gesetzes zur Entsorgung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten (ElektroG) des Bundesumweltministeriums (BMU) bewertet die Industrie als "Grundlage für eine praxisgerechte und wettbewerbskonforme Regelung der Rücknahme und Entsorgung von Altgeräten". Das geht aus einer gemeinsamen Stellungnahme vom Zentralverband Elektro- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI) und dem Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) hervor. Die Industrie befürwortet demnach den Vorschlag des BMU, die finanzielle Verantwortung für Logistik, Sortierung, Demontage und das Recycling zu übernehmen, wenn die Kommunen die Altgeräte aus privaten Haushalten auch weiterhin eigenständig sammeln. Nur auf Basis der weiterhin von den Kommunen organisierten und finanzierten Sammlung können die Hersteller die Entsorgung der Altgeräte durchgängig sicherstellen. Die Kommunen verfügten sowohl über den erforderlichen ökologischen Standard als auch die Kompetenz für die Sammlung der Geräte. Durch die Übertragung der Entsorgungsverantwortung auf die Hersteller würden die Kommunen zudem des überwiegenden Teils ihrer bisherigen finanziellen Belastungen enthoben. *(ur)*

<http://www.bitkom.org>

Stichwörter: Entsorgung, Elektrogeräten, Gesetz, BITKOM, ZVEI, Altgeräte

Quelle: www.kommune21.de